

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:247280-2021:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Remscheid: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
2021/S 094-247280**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Remscheid
Postanschrift: Theodor-Heuss-Platz 1
Ort: Remscheid
NUTS-Code: DEA18 Remscheid, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 42853
Land: Deutschland
E-Mail: Ausschreibung@remscheid.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.remscheid.de>

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTY9DDF8/documents>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTY9DDF8>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

EU-weite Ausschreibung von TGA-Planungsleistungen für das „Haus Cleff“
Referenznummer der Bekanntmachung: 30-21-0071-28

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Die Stadt Remscheid plant die Vergabe von TGA-Planungsleistungen im Rahmen der Sanierung von „Haus Cleff“. Um den Interessenten einheitliche Informationen zum Projekt zur Verfügung zu stellen, steht über die genutzte Vergabepattform „Vergabemarktplatz NRW“ (Vergabesatellit Rheinland) unter dem

Projektzugang dieses Vergabeverfahrens (vgl. Ziffer I.3)) eine Kurzinformation zum Vorhaben, zu den Leistungseckpunkten der ausgeschriebenen Leistung und zur Abwicklung des Vergabeverfahrens nach VgV zum Herunterladen bereit. Der Kurzinformation sind auch Formblätter für den Teilnahmeantrag beigelegt, die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs von den Bewerbern zwingend zu verwenden sind. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs wird den im Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bewerbern eine detaillierte Aufgabenbeschreibung bereitgestellt.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

71318000 Beratungsdienste von Ingenieurbüros

71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEA18 Remscheid, Kreisfreie Stadt

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Gegenstand des Auftrags sind die Planungsleistungen zum Leistungsbild der Technischen Gebäudeausrüstung gemäß § 55 HOAI (LPH 1 - 9) im Rahmen der Sanierung von „Haus Cleff“.

Im ersten Schritt wurde eine Sanierung von Dach und Fach durchgeführt. Nach und nach sollen nun die Innenräume wiederhergestellt werden. Dazu werden schlüssige und denkmalgerechte Konzepte für die Beheizung zu erstellen sein. Planung und Ausführungsbegleitung für die Bereiche Beheizung der Räume, der Sanitärinstallation sowie der Elektrotechnik sind zu leisten.

Da die Maßnahme über mehrere Jahre umgesetzt wird, ist auch die TGA-Leistung so zu kalkulieren, dass von einer längerfristigen Aufgabe bzw. fachlichen Begleitung auszugehen ist.

Die Beauftragung der Leistungsphasen erfolgt stufenweise. Es werden mit Vertragsabschluss zunächst nur die Leistungsphasen 1 bis 3 beauftragt.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 24

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Nach Planungs- und Baufortschritt

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Anzahl der Bewerber: 4

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Zur Abgabe eines Angebotes, werden vorrangig Bewerber (oder Bewerbergemeinschaften) aufgefordert — mit einem Mindestumsatz von 500 000 EUR in jedem einzelnen der abgeschlossenen Geschäftsjahre 2018 bis 2020 (Auswahlkriterium 1) und welche zusätzlich (als Auswahlkriterium Nr. 2), — über eine weitere Referenz über die Durchführung von Planungsleistungen der Technischen Gebäudeausrüstung (§ 55 HOAI) im Rahmen der Sanierung eines unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes für einen öffentlichen Auftraggeber verfügen. Die anrechenbaren Kosten müssen mindestens 1,0 Mio. EUR (TGA) betragen haben. Die beauftragte Leistung muss mindestens die LPH 3 - 8 der HOAI (§ 55) umfasst haben. Das Projekt muss zudem im Zeitraum 2016 bis 2020 abgeschlossen oder mind. bis LPH 7 bearbeitet worden sein und sich in der Bauausführung befinden. Die Referenz muss diesbezüglich prüffähige Angaben enthalten (Projektbezeichnung, Auftraggeber, Leistungszeitraum, anrechenbare Kosten, Leistungsumfang). Die Auswahlkriterien 1 und 2 müssen beide erfüllt sein, damit ein Bewerber vorrangig berücksichtigt wird. Sollten nicht mindestens vier Bewerber auch die gesetzten Auswahlkriterien erfüllen, werden aus der Gruppe der Bewerber, welche die Mindestkriterien erfüllen, weitere Bewerber hinzugelost, so dass die angestrebte Mindestzahl von vier Bewerbern für die zweite Stufe des Verhandlungsverfahrens gesichert ist. Sollten mehr als 4 Bewerber auch die gesetzten Auswahlkriterien erfüllen, erfolgt auch in diesem Fall eine Losentscheidung (§ 75 Abs. 6 VgV).

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Eigenerklärung über eine Berufshaftpflichtversicherung,
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Eigenerklärung über eine Berufshaftpflichtversicherung für Vermögensschäden mit einer Deckungssumme von mindestens 1,0 Mio. EUR unter Angabe des Versicherungsunternehmens,
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2018 bis 2020) für jedes einzelne dieser Geschäftsjahre.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Eigenerklärung über die Anzahl des Fachpersonals,
- Eigenerklärung zu mindestens einer Referenz des Bewerbers (der Bewerbergemeinschaft) über die Durchführung von Planungsleistungen der Technischen Gebäudeausrüstung (§ 55 HOAI) im Rahmen der Sanierung eines Gebäudes für einen öffentlichen Auftraggeber,
- Eigenerklärung zu mindestens einer weiteren Referenz des Bewerbers (der Bewerbergemeinschaft) über die Durchführung von Planungsleistungen der Technischen Gebäudeausrüstung (§ 55 HOAI) im Rahmen der Sanierung eines unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes (Büro-/Verwaltungsgebäude oder Bildungs-/museale Einrichtung).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Eigenerklärung, dass in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2018 bis 2020) jeweils durchschnittlich mindestens 3 Ingenieure im Bereich der Technischen Gebäudeausrüstung beim Bewerber beschäftigt waren,
- Eigenerklärung zu mindestens einer Referenz des Bewerbers (der Bewerbergemeinschaft) über die Durchführung von Planungsleistungen der Technischen Gebäudeausrüstung (§ 55 HOAI) im Rahmen der Sanierung eines Gebäudes für einen öffentlichen Auftraggeber. Die anrechenbaren Kosten müssen mindestens 1,0 Mio. EUR (TGA) betragen haben. Die beauftragte Leistung muss mindestens die LPH 3 - 8 der HOAI (§ 55) umfasst haben. Das Projekt muss zudem im Zeitraum 2016 bis 2020 abgeschlossen oder mind. bis LPH 7 bearbeitet worden sein und sich in der Bauausführung befinden. Die Referenz muss diesbezüglich prüffähige Angaben enthalten (Projektbezeichnung, Auftraggeber, Leistungszeitraum, anrechenbare Kosten, Leistungsumfang),
- Eigenerklärung zu mindestens einer weiteren Referenz des Bewerbers (der Bewerbergemeinschaft) über die Durchführung von Planungsleistungen der Technischen Gebäudeausrüstung (§ 55 HOAI) im Rahmen der Sanierung eines unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes (Büro-/Verwaltungsgebäude oder Bildungs-/museale Einrichtung). Die anrechenbaren Kosten müssen mindestens 0,5 Mio. EUR (TGA) betragen haben. Die beauftragte Leistung muss mindestens die LPH 3 - 8 der HOAI (§ 55) umfasst haben. Das Projekt muss zudem im Zeitraum 2016 bis 2020 abgeschlossen oder mind. bis LPH 7 bearbeitet worden sein und sich in der Bauausführung befinden. Die Referenz muss diesbezüglich prüffähige Angaben enthalten (Projektbezeichnung, Auftraggeber, Leistungszeitraum, anrechenbare Kosten, Leistungsumfang).

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Die zu vergebenden Planungsleistungen orientieren sich am Leistungsbild der HOAI (insbesondere § 55 HOAI).

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 14/06/2021

Ortszeit: 11:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

1. Durchgeführt wird ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb. Diese Bekanntmachung leitet den Teilnahmewettbewerb ein. Im Teilnahmewettbewerb werden auf der Grundlage der Teilnahmeanträge diejenigen Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften ausgewählt, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden. Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ist noch kein Angebot, sondern nur ein Teilnahmeantrag abzugeben.
 2. Für den Teilnahmeantrag sind die Vordrucke (Formblätter) zu verwenden, die in der Kurzinformation auf der Vergabepattform „Vergabemarktplatz NRW“ (Vergabesatellit Rheinland) unter dem Projektzugang dieses Vergabeverfahrens zum Herunterladen bereitstehen (vgl. Ziffer I.3)). Diese Kurzinformation enthält weitere Informationen.
 3. Rückfragen sind ausschließlich über die vorgenannte Vergabepattform an die ausschreibende Stelle zu richten. Die Beantwortung von Rückfragen erfolgt ebenfalls ausschließlich über die vorgenannte Vergabepattform. Mündliche Rückfragen werden nicht beantwortet. Eine rechtzeitige Beantwortung der Rückfragen vor Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge kann nur erfolgen, wenn die Rückfragen bis spätestens zum 7.6.2021 bei der oben genannten Stelle eingehen. Später eingehende Rückfragen werden nach Möglichkeit ebenfalls beantwortet, sofern dies aus Sicht des Auftraggebers noch rechtzeitig vor Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge möglich ist.
 4. Der vollständige den Vorgaben entsprechende Teilnahmeantrag (sowie ggf. gesonderte Erklärungen des Bewerbers) ist vom Bewerber als PDF-Dokument einzuscannen und ausschließlich elektronisch in Textform über den entsprechenden Projektzugang der vorgenannten Vergabepattform einzureichen (vgl. Ziffer I.3)).
 5. Bewerber, welche die geforderten Eignungsnachweise nicht vollständig vorlegen (vgl. Ziffer III.1)), werden bei der Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber nicht berücksichtigt.
 6. Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden bei Bewerbergemeinschaften gemeinsam berücksichtigt.
- Bekanntmachungs-ID: CXPTY9DDF8

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Ort: Köln

Postleitzahl: 50667

Land: Deutschland

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Statthafter Rechtsbehelf bei Verstößen gegen die Vergabevorschriften ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens. Der Antrag ist schriftlich bei der zuvor benannten zuständigen Stelle für Nachprüfungsverfahren einzureichen. Der Antrag ist nur zulässig, solange kein wirksamer Zuschlag erteilt worden ist. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem der Auftraggeber die unterlegenen Bieter

über den beabsichtigten Zuschlag ordnungsgemäß nach § 134 GWB informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei Versendung der Information per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind.

Der Antrag ist auch vor wirksamer Zuschlagserteilung unzulässig, soweit:

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
12/05/2021